

Wir wünschen ein frohes neues Jahr

Liebe Mitglieder und Freunde der Republikaner,

wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes neues Jahr. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die zahlreichen Weihnachts- und Neujahrsgrüße. 2017 wird unser Land vor weitere Herausforderungen stellen und sicherlich unsere Bürger wieder erheblich belasten. Weder ist von einer Verbesserung der Sicherheitslage auszugehen, noch von Politik zugunsten der eigenen Bevölkerung. Mit voller Wucht tritt ein, was wir bereits vor vielen Jahren prognostiziert hatten. Damals wurden wir dafür als Radikale oder Populisten verunglimpft und heute greifen selbst die verursachenden Altparteien unsere Slogans auf, dabei sind es genau diese Leute, die unser Land in Grund und Boden regieren. Wir Republikaner treten auch 2017 für unser Bevölkerung ein, denn heute ist es wichtiger denn je.



„Einzelfall“ soll Unwort des Jahres 2016 werden

Republikaner schlagen den Begriff „Einzelfall“ als Unwort des Jahres vor

Besonders 2016 häuften sich die sogenannten „Einzelfälle“. So kam es bereits in Köln während der Silvesternacht zu 1200 Einzelfällen. Diese erstreckten sich auf das gesamte Jahr und prägten damit den hiesigen Sprachgebrauch. Kaum ein anderes Wort wurde derart häufig herangezogen, wenn es um die Kriminalität von Asylanten und Flüchtlingen ging. Dabei dient die Begrifflichkeit besonders bei den Gutmenschen zur Bagatellisierung einer sich weiter stark entwickelnden Massenkriminalität, führte der REP-Bundesvorsitzende Krieger weiter aus. Deshalb hat sich das Wort „Einzelfall“ in besonders beschämender Weise als Unwort qualifiziert und sollte aus Sicht der Republikaner hierzu gekürt werden. Für das Jahr 2017 können sich die Medien dann ein neues Wort aussuchen, welches für die völlig misslungene Asylpolitik verbraucht werden darf, um diese dann wieder zu relativieren.



Unfröhliche Weihnachten am Berliner Breitscheidplatz

Montagabend, 20:00 Uhr, nur noch wenige Tage bis zum heiligen Abend, dem Fest der Liebe. Doch dann das Unfassbare: Etwa 50 Verletzte und sogar eine zweistellige Zahl an Todesopfern, die der Terror diesmal in Berlin auf dem dortigen Weihnachtsmarkt alias Wintermarkt bzw. Lichterfest forderte. Nach Köln, Hannover, Würzburg und vielen weiteren Großstädten wurde nun auch Berlin zum Ort des Showdowns eines weiteren heimtückisch geplanten Anschlags durch einen sog. Flüchtling mit islamistischem Hintergrund. Natürlich dauerte es nicht lange, bis sich auch unsere Bundeskanzlerin Merkel - stets von grenzenloser Freiheit geprägt - zu Wort meldete, um völlig entsetzt ihr tiefstes Mitgefühl auszusprechen. Ein zu erwartendes wie formales Mitgefühl, das aus einer nicht zugegebenen als auch offensichtlichen Mitverantwortung resultiert, schließlich war sie es auch, die jeden unkontrollierten Zuwanderer am liebsten persönlich begrüßt hätte.

So gelang es ebenso wenig ihrem Partei-Kollegen de Maizière, dem Volk die innere Sicherheit zu gewährleisten. »Ein tragischer Einzelfall eines traumatisierten Neudeutschen, der aufgrund vieler unglücklicher Umstände versehentlich Menschenleben beendete« - so oder so ähnlich wird es von den voreingenommenen Medien heruntergespielt werden. »Krimineller Ausländer killt als Flüchtling getarnt in frevelhafter Absicht zahlreiche Unschuldige mit grausamen Terroranschlag« - eine Formulierung, die sich viele nicht trauen in der Öffentlichkeit auszusprechen, wahrscheinlich aus Angst, einerseits als Nationalsozialist bezeichnet zu werden, aber andererseits auch aus Furcht vor weiteren Terrorakten ausländische Straftäter, die anstatt einer Abschiebung immer wieder Aufenthaltserlaubnisse erhalten. Wir Republikaner bekennen klar Flagge und setzen ein Zeichen gegen den Terrorismus, der nicht nur immer näher kommt, sondern uns schon längst erreicht hat. Die aktuelle Bundesregierung ist nicht weiter tragbar, Deutschland hat unter Merkel keine Zukunft mehr!

Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieses grausamen Anschlags sowie bei deren Angehörigen, erklärte der REP-Bundesvorsitzende Krieger. Wir üben weiterhin Druck auf die Altparteien aus, denn es ist notwendig, dass es nach den unzähligen Einzelfällen, von denen schon längst nicht mehr die Rede sein kann, keine zufälligen Zweitfälle in versehentlicher Wiederholungstäterschaft gibt. Dafür bedarf es Mut! Mut, den Mund aufzumachen und seine Stimme zu erheben. Eine Stimme gegen den Terrorismus, eine Stimme für ein sicheres Leben in Deutschland, eine Stimme für die Republikaner.

Kurz und bündig

REP-Kundgebung in Köln verboten

Wie schlecht es um die innere Sicherheit und den Rechtsstaat steht wurde jetzt wieder deutlich. Eine für den 31.12. angesetzte Kundgebung der Republikaner auf dem Kölner Domplatz wurde verboten, mit der die Partei den Opfern der vorletzten Silvesternacht gedenken wollte. Die Sicherheit der Kundgebung könne nicht mehr garantiert werden, lautete die Begründung des Polizeipräsidenten. Es sei mit massiven Ausschreitungen zu rechnen, die von linken Krawalltätern mit Feuerwerkskörpern drohen.

Silvesterfeierlichkeiten mit Polizeischutz

Vorbei ist die Zeit, als noch friedlich gefeiert werden konnte. Silvester konnte auch nur halbwegs gelingen, weil massive Polizeikräfte die Bürgerinnen und Bürger vor massenhaften Übergriffen geschützt haben. Trotzdem wurden jetzt aber wieder Fälle von Vergewaltigungen bekannt. Wer dabei dachte, z.B. Nordafrikaner würden dieses Jahr den Feierlichkeiten ferngeblieben, der musste sich in Köln, Düsseldorf und Hagen eines besseren belehren lassen. So versammelten sich alleine in der größten nordrhein-westfälischen Stadt wieder 1300 Nordafrikaner und wollten am 31.12 zum Ort des Schreckens gelangen. Nur die Anwesenheit starker Polizeikräfte konnte den Zutritt zum Domplatz verhindern. Dabei zeigte sich deutlich, wie absurd die damaligen Vorschläge der Kölner Oberbürgermeisterin waren und noch heute im negativen Sinne unvergessen sind. Wer als Heilmittel für diese misslungene Asylpolitik eine „Armlänge Abstand“ anbietet, anstatt konsequent gegen kriminelle Ausländer vorzugehen, der gehört nicht an die Spitze einer Millionenstadt. Diese Absurdität nahm am 31.12. der Bundesvorsitzende Krieger zum Anlass, um vor dem Kölner Dom mit Passanten den „Rekerabstand“ zu parodieren.



REP stehen für direkte Demokratie

Dass wir Republikaner uns für Volksabstimmungen einsetzen, zeigen wir auch immer wieder in verschiedenen lokalpolitischen Fragen. So setzen sich unsere Stadträte Martin Huber und Peter Attenhauser im Taufkirchener Gemeinderat für eine Befragung ein, als es um den Kauf des Wasserschlosses ging. Hier forderten die REP-Vertreter ein Ratsbegehren, welches aufgrund der hohen Kosten und möglichen Folgekosten durchaus sinnvoll war. Dabei hätte der Gemeinderat die Bürger auffordern können, mit einer Abstimmung Verantwortung für die Entscheidung zu übernehmen. Der Antrag wurde mit sechs gegen 15 Stimmen aber abgelehnt. Offenbar ist Bürgerbeteiligung vom Großteil der Altparteien immer noch nicht erwünscht.



Jetzt Republikaner werden

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder passiver Unterstützer. Sie sind als Republikaner dann Teil der Oppositionskraft, die sich unbeirrbar für die Interessen unserer Bevölkerung einsetzt und für den Erhalt unserer Identität und Kultur. Einen Aufnahmeantrag finden Sie hier: <http://www.rep.de/mitglied-werden>



Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin
V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Veranstaltungen

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871
- **Karlsruhe Land:** Politischer Stammtisch, am 22.01.2017, um 10.00 Uhr. Informationen unter www.rep-rheintal.de oder 07254-72375
- **Unterfranken:** Bei Interesse an einer Veranstaltungsteilnahme, Informationen bitte unter 09303/8489 erfragen.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenknecht in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717
- **Nürnberg:** Frühschoppen jeden ersten Sonntag im Monat nach Anruf unter 0171/1444647 oder 0911/2876173
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500
- **Kassel :** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend. Einladung schriftlich über den Kreisverband: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383
- **Köln:** Jeden Monat links- und rechtsrheinisch zwei Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter 0176/49997937 oder 0173/7736499
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Interessierte Bürger könnten sich über essen@rep.de melden.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de
- **Mettmann:** Ab Februar 2017 führen die Republikaner jeden Monat eine Informationsveranstaltung durch.

Änderungen oder weitere Veranstaltungen bitte der Bundesgeschäftsstelle mitteilen.